



Mehr unter sz-shop.de | Seien Sie anspruchsvoll. Süddeutsche Zeitung



Mehr unter sz-shop.de | Seien Sie anspruchsvoll. Süddeutsche Zeitung

MEINE WOCHE



Es geht auch ohne

Aline Pronnet macht vor, wie man Plastikmüll vermeiden kann

Taufkirchen – Ein Leben ohne Plastik hört sich für die meisten nach vielen Mühen und großem Aufwand an, für Aline Pronnet (FOTO: PRIVAT) begann es aus Faulheit. 2010, nach dem Abitur, zog die junge Frau zu Hause aus. Von da an war sie für sich selbst verantwortlich und auch für ihren Müll. Doch der nächste Wertstoffhof, um Plastik loszuwerden, wie es früher ihr Vater getan hatte, lag sechs Kilometer entfernt. Den Rucksack vollladen und sich aufs Fahrrad schwingen – schon bald sei sie dafür zu faul gewesen, sagt die 28-Jährige. Als ihr Shampoo leer war, kaufte sie daher kein neues, sondern ein Stück Seife. Inzwischen verwendet sie nicht einmal mehr Zahnpasta aus der Tube. Sie putzt ihre Zähne mit Tabletten, die sich im Mund auflösen und zu Schaum werden. Wie gut so ein Leben ohne Plastik funktioniert und wie man Müll vermeidet, erklärt Pronnet an diesem Donnerstag, 23. Januar, 19.30 Uhr in der Volkshochschule Taufkirchen unter dem Schlagwort „Zero Waste“.

„Ich habe nicht den Eindruck, etwas zu verpassen“, sagt sie. „Ich reiß mir halt keine Fertigpizza auf, aber selbst gekocht schmeckt eh besser.“ Die Zutaten kauft sie in ihrer Heimat Fürstentfeldbruck auf dem Bauernmarkt oder in einem Unverpackt-Laden, wo man Nudeln, Reis und Kaffee in eigene Dosen abfüllen kann. Als sie vor zehn Jahren damit begann, darauf zu achten, möglichst wenig Müll zu produzieren, gab es solche Läden noch nicht. Und wenn sie mit ihrem Thermosbecher beim Bäcker einen Kaffee zum Mitnehmen bestellte, sei sie anfangs schief angeschaut worden. Heute sei es normal, dass die Leute ihren Kaffee nicht mehr aus Pappbechern trinken. Es würden sich immer mehr Menschen für ihre Lebensstil interessieren – so viele, dass Aline Pronnet damit Geld verdienen kann. Sie hält regelmäßig Vorträge und Workshops, auch an Schulen und in Kindergärten. Außerdem betreibt sie einen Blog: Auf aufdiehand.blog erklärt sie, wie man Hafermilch, Frischkäse und Apfelmarmelade selbst herstellt, wie man einen Knopf annäht oder wie man Bienenwachstücher richtig verwendet.

Es müssten nicht alle ein perfekt ökologisches Leben führen, sagt Pronnet, die gerade an ihrer Doktorarbeit in Kunstgeschichte schreibt. „Aber es hilft, wenn jeder ein bisschen etwas tut.“ Auch sie stößt manchmal an Grenzen: etwa bei Medikamenten, die in Plastik verpackt sind. Oder wenn sie einen Vortrag in einem abgelegenen Ort halten muss und dort nicht mit der Bahn hinkommt. „Das ärgert mich immer wieder.“ Grundsätzlich glaubt Pronnet aber, dass mit Wut niemand von einem bewussteren Leben überzeugt werden kann. Das gelinge nur, wenn sie zeige, dass vieles daran Spaß macht. **CHRISTINA HERTEL**

ANHÖREN



FOTO: ALESSANDRA SCHELLWIEGER

Das jüdische Jahr

„Shabbat Shalom II – Das jüdische Jahr“ lautet der Titel des Vortrags von Lilly Maier an diesem Montag im Kultur- und Bildungszentrum Seidl-Mühle in Ismaning. Der VHS-Vortrag in der Blackbox beginnt um 19.30 Uhr.

www.sz.de/muenchen
www.facebook.com/szmuenchen
www.twitter.com/SZ_Muenchen

Redaktion: Lars Brunckhorst (Leitung), Hultschiner Straße 8, 81677 München
Telefon: (089) 2183-7294
Mail: lkr-muenchen@sueddeutsche.de
Anzeigen: (089) 66 59 66 12
Abo-Service: (089) 2183-8080



FOTO: CLAUDIUS SCHUNK

Gedenkveranstaltung | 18. Januar 2020

LUDWIG ALEXANDER	JOSEF HOLZMANN	FRIEDRICH ZENTLER	KARL HUG
GEORG STEIB	ALFRED HERCHNER	JOHANN STÖCK	JOHANN IBINGER
HEINRICH HINTRÄGER	FRIEDRICH HÄNEL	ADALBERT SCHNEIDERMANN	STEFAN KEISS
SEBASTIAN SCHILLER	MAX GEGENFÜRTER	OTTO ROTHENACHER	JOSEF LIEBL
FRANZ SCHWAIGER	JOHANN ERHARD	MAX ORTNER	
FRANZ HEINLE	JOSEF WEISS	JULIUS MAURER	
JOSEF HECHT	ANTON WIDHAMMER	OSKAR KOOB	

Deportiert am 18.1.1940, ermordet am 18.1.1940 in Grafeneck

Landratsamt rechnet mit neuen Flüchtlingen

Die Regierung von Oberbayern plant offenbar, anerkannte Schutzsuchende aus Anker-Zentren in den Landkreis zu verlegen. Dort sind Unterkünfte aktuell nicht ausgelastet

VON MARTIN MÜHLFENZL

Neuburg/Unterhaching – Auf dem westlichen Areal der Universität der Bundeswehr in Neuburg ist längst wieder Ruhe eingekehrt. Die Erstaufnahmeeinrichtung der Regierung von Oberbayern für Geflüchtete, die im ehemaligen Gebäude des Luftwaffenmusikregiments untergebracht war, wurde vor etwa einem Jahr geschlossen. Aus einem ganz einfachen Grund: Es kamen kaum mehr Geflüchtete im Landkreis München an, die schnellstmöglich untergebracht werden mussten. Doch das könnte sich in nächster Zeit wieder ändern.

Gegenwärtig ist die Zahl derer, die den Landkreis München erreichen beziehungsweise diesem von der Regierung von Oberbayern zugewiesen werden, gering. Derzeit leben in den 29 Städten und Gemeinden von Unterschleißheim über Ottobrunn bis Gräfelfing etwas mehr als 2900 Menschen in dezentralen Unterkünften. Nicht mehr die unkomplizierte und reibungslose Unterbringung von Ankommenden stellt derzeit die große Herausforderung für die Kommunalpolitik dar, sondern vielmehr

die Unterbringung derer, die längst anerkannt sind. Es fehlt schlichtweg an Wohnungen auf dem überhitzten Immobilienmarkt. Das geht aus einem aktuellen Sachstandsbericht des Landratsamtes zur Unterbringung von Geflüchteten hervor, der an diesem Montag, 20. Januar, im Kreisausschuss des Kreistags vorgestellt wird.

Derzeit leben 2900 Geflüchtete im Landkreis. Das Problem ist, für sie Wohnungen zu finden

Seit vier oder sogar fünf Jahren seien in der Unterhachinger Flüchtlingsunterkunft Familien untergebracht, sagt Claudia Köhler, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete der Grünen, die seit Jahren Geflüchtete in Arbeit vermittelt. „Das ist viel zu lange und das ruft auch Frust hervor. Eltern und Kinder über so viele Jahre in zwei Zimmern, das ist ein echtes Problem.“ Grundsätzlich laufe es in der Unterkunft aber gut, immer wieder gelinge es, Geflüchtete privat oder etwa in den Modulhäusern in Taufkirchen unterzubringen.

„Aber es braucht einfach mehr Wohnraum“, sagt Köhler.

Denn noch immer ist seitens der Staatsregierung nicht das Problem mit Fehlbelegungen gelöst: Anerkannte Geflüchtete finden keine Wohnung und bleiben deshalb in den staatlichen Unterkünften – aktuell mehrere hundert im Landkreis. Eigentlich ist das nicht gestattet, doch es gilt ein Abkommen zwischen Landkreis, Kommunen und Regierung von Oberbayern.

Die Unterkünfte der Kommunen und des Landkreises sind laut Landratsamt derzeit zu etwa 77 Prozent ausgelastet, 80 Prozent gelten der Behörde zufolge als Vollbelegung, weil ein „Spielraum“ vorhanden sein müsse. Neuzuweisungen seien zudem nicht auszuschließen. Denn die Regierung von Oberbayern plane, weitere Menschen aus Anker-Zentren zuzuweisen. Ein gutes Zeichen, sagt Claudia Köhler, die Zentren für Ankunft, Entscheidung, Rückführung (kurz: Anker), die von der Bundesregierung 2018 eingerichtet wurden, seien schließlich höchst umstritten. Von Kritikern werden sie als „Lager“ bezeichnet, in denen Schutzsuchende einkaserniert wür-

den. „Die Menschen dort rauszuholen, ist der richtige Weg. Diese Zentren sind einer Zivilisation nicht würdig“, findet Köhler.

Eine Entwicklung wie vor vier Jahren, als auf Grundlage des Königsteiner Schlüssels mit 7500 bis 9000 Flüchtlingen im Landkreis gerechnet wurde, ist jedoch bei weitem nicht zu erwarten. Auch auf dem Höhepunkt vor drei Jahren waren es am Ende nur 4500. Der Landkreis München rüstet sich dennoch, um den bestehenden und neuen Problemen bei der Unterbringung mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen. So soll in den nördlichen Kommunen ein eigenes Immobilienmanagement geschaffen werden, um geeignete Objekte zu generieren, die langfristig an Geflüchtete vermietet werden können. Doch auch die Kommunen selbst sind nicht untätig. So entstehen etwa in Feldkirchen, Ottobrunn, Kirchheim, Unterschleißheim und Sauerlach derzeit weitere Unterkünfte mit mehreren Dutzend Plätzen. Die Botschaft aus dem Landratsamt ist dennoch sehr klar: Es würden weiter „dringend“ größere Objekte und auch Grundstücke zur Bebauung gesucht.

Harmonischer Dreiklang

Die SPD-Bürgermeister im Norden starten ein neues Gesprächsformat – und ernten sogar Zuspruch vom Konkurrenten

Garching – Was bedeutet es für eine Kommune, ein Schwimmbad zu unterhalten? Ist ein Recyclingbetrieb neben Wohngebieten noch zeitgemäß? Und warum muss Garching Geld an Ismaning und Unterföhring zahlen, wenn beide Kommunen aus dem Zweckverband Werner-Heisenberg-Gymnasium ausscheiden? Solche und andere Fragen beschäftigten die Bürger beim ersten Bürgermeister-Stammtisch in Garching, bei dem mit Christoph Böck (Unterschleißheim), Alexander Greulich (Ismaning) und Dietmar Gruchmann (Garching) gleich drei SPD-Rathauschefs Rede und Antwort standen – bei Freibier und Weißwurst. Das Format kam gut an. Lob gab es auch von Garchings Zweitem Bürgermeister Alfons Kraft, wiewohl nicht bei der SPD, sondern den Bürgern für Garching. Er befand: „Ihr habt's es guad gmacht.“

Im gut gefüllten Saal des Garchingener Neuwirts war der Auftakt, Veranstaltungen mit dem „Dreigestirn“, wie Kraft sie nannte, folgen in Ismaning und Unterschleißheim. Der Garchingener Bürgermeister übernahm als Gastgeber die Moderation bei diesem Blick über den Tellerrand auf die Themen Verkehr, bezahlbarer Wohnraum, Umwelt, wirtschaftliche Situation und Integration. So berichteten Böck und Greulich als Kreisratsmitglieder, wie die MVV-Tarifreform auf Druck der Nordgemeinden im Landkreis nachverhandelt wurde, obwohl Landrat Christoph Göbel (CSU) das Ergebnis anfangs „als unverrückbar“ bezeichnet hatte, so Böck.

Greulich bezeichnete es nach wie vor als Ziel, eine Flatrate für den gesamten Landkreis zu bekommen. Um bis dahin Ungerechtigkeiten auszugleichen, werden Jahresabos, die nach der Reform teurer sind, vom Landkreis bezuschusst; Ismaning

gleichet sogar die Differenz bei Monatskarten aus. Alle drei waren sich einig, dass die Verkehrsprobleme der Boomregion nur mit einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gelöst werden könnten, dafür forderte etwa Greulich einen Masterplan. Er nannte die Technik am Ostbahnhof als Beispiel, diese stamme noch aus den 50er-Jahren. Würde sie auf den neuesten Stand gebracht, wäre auch eine engere Taktung möglich, auch bei der Flughafen-S-Bahn. „Wir sind wirklich Schlusslicht in Europa“, schimpfte der Ismaninger.

Gruchmann sprach den geplanten vierspurigen Ausbau der B 471 an, den in Garching niemand will. Aber eine Erleichterung der Kreuzungen sei dringend nötig

wie auch eigene Busspuren für die Expressbusse. Das werde jedoch dauern. Hier sei in Aussicht gestellt worden, dass es in drei Jahren losgeht, sagte Gruchmann. „Das ist einfach zu spät.“

Beim Wohnen sprach der Garchingener Bürgermeister die beiden großen geplanten Baugebiete Kommunikationszone und Hochbrück an, dort sei auch Sozialwohnungsbau und Genossenschaftsbau sowie ein Einheimischenmodell geplant. Doch bis die Bagger in der Kommunikationszone anrollen, werde es wohl noch ein Jahr dauern. Zum Thema Schwimmbad sagte Gruchmann, er würde sich ein solches auch wünschen, aber der Etat lasse wenig Spielraum. Es gebe Gespräche mit der TU

über eine Kooperation, aber das sei noch nicht spruchreif. Auf jeden Fall plädiere er als Minimallösung für ein Lehrschwimmbecken beim Neubau der Grundschule Nord, damit alle Kinder schwimmen lernen könnten. Greulich wies auf das Defizit von 1,5 Millionen Euro hin, das Ismaning beim Schwimmbad zu tragen habe; es sei „ein gewaltiger Klotz am Bein“, und auch Böck sprach vom Schwimmbad als Luxus. Zur Recyclinganlage in Hochbrück, die erst kürzlich wegen eines Großbrands wieder von sich reden machte, sagte Böck: „Mir platzt da allmählich der Kragen.“ Man müsse akzeptieren, dass solche Betriebe im Landkreis sind, aber sie müssten auf dem neuesten Stand der Technik sein. Gruchmann plädierte für ein erneutes Krisengespräch im Landratsamt. Es könne nicht sein, beide Augen zuzudrücken, auch wenn es Verträge mit dem Betrieb gebe.

Der Garchingener Bürgermeister wies auf den engen finanziellen Spielraum seiner Stadt hin, zumal es viele Pflichtenaufgaben gebe, wie etwa die Kinderbetreuung. So falle es Garching schwer, trotz der Dringlichkeit, eine neue VHS zu bauen. Wenn Ismaning und Unterföhring ausgezahlt werden müssten, weil sie den Zweckverband des Werner-Heisenberg-Gymnasiums verlassen, müsse Garching 25 Millionen Euro zahlen. Bei so vielen Verpflichtungen der Kommunen, da waren sich die drei Bürgermeister einig, seien Gewerbesteuererinnahmen unabhängig. Deshalb, so Böck, müssten attraktive Arbeitsplätze angeboten werden. Auch wenn das bedeute, dass mehr Wohnraum geschaffen und die Verkehrsprobleme gelöst werden müssten. Die Kommunen müssten „diesen Dreiklang ermöglichen, damit der Raum weiterhin lebenswert bleibt.“ **GUDRUN PASSARGE**



Die vom Rathaus: Alexander Greulich, Dietmar Gruchmann und Christoph Böck (von rechts) beim Bürgermeister-Stammtisch in Garching. FOTO: FLORIAN PELJAK

80 Jahre nach der Deportation

25 Namen, ein Datum: Vor 80 Jahren, am 18. Januar 1940, wurden die ersten Patienten aus der Heil- und Pflegeanstalt Egling-Haar von den Nazis nach Grafeneck in Württemberg deportiert und dort noch am selben Tag ermordet. Es war der Auftakt der Euthanasie-Verbrechen des NS-Staates, denen am Ende mehr als 200 000 psychisch kranke und behinderte Menschen zum Opfer fielen, weil sie den Nationalsozialisten als „lebensunwert“ galten. Mit einer Gedenkveranstaltung auf dem Klinikgelände in Haar erinnerten das Isar-Amper-Klinikum München-Ost und der oberbayerische Bezirkstag am Samstag an den Beginn dieses dunkelsten Kapitels in der Geschichte der Einrichtung. Zu Klängen des Jewish Chamber Orchestra Munich sprachen im Gesellschaftsraum der stellvertretende Bezirkstagspräsident Rainer Schneider, der Leiter der Gedenkstätte Grafeneck, Thomas Stöckle, und der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Gerald Quitterer. Parallel zu der Gedenkveranstaltung in Haar wurde am Samstag im Lichthof des Innenministeriums in München an die Verbrechen der Nazis und ihr Opfer erinnert. **LB** **> Seite 11**

Baumpflege behindert Verkehr

Bis Mitte Februar kommt es an mehreren Straßen zu Sperrungen

Landkreis – Wegen Gehölzpflegearbeiten kommt es auf mehreren Kreis-, Staats- und Bundesstraßen im Landkreis bis Mitte Februar zu Behinderungen. Das Staatliche Bauamt Freising nimmt die Rückschnitte nach eigener Darstellung insbesondere zum Artenschutz vor. Vielen Tierarten werde dadurch ein Ausweichen ermöglicht, auch werde die ökologische Funktion der Gehölzflächen erhalten. Einzelne Bäume würden freigelegt, damit sie sich besser entwickeln könnten. Die Maßnahmen dienten dem langfristigen Erhalt der Bestände, die Gehölze würden verjüngt. Die Arbeiten erfolgen teilweise unter halbseitigen Straßensperrungen, dabei wird der Verkehr mit Ampeln geregelt. Betroffen sind folgende Abschnitte: B 471 südlich von Garching, B 471 östlich und nordwestlich von Ismaning, B 471 westlich von Hohenbrunn, B 471 südlich von Badersfeld, B 13 südlich von Garching-Hochbrück, B 13 westlich der Schießanlage bei Garching-Hochbrück, B 13 östlich von Unterschleißheim, St 2573 bei Sauerlach, St 2368 nördlich von Unterhaching, St 2082 westlich von Feldkirchen, St 2088 Föhlinger Ring zwischen Mittlerem Ring und Kreisstraße M 3 sowie Kreisstraße M 11 zwischen Grünwald und Oberhaching. **SZ**

In der Fremde

Ude bei Taufkirchens SPD

Es ist ja hinlänglich bekannt, dass der Prophet im eigenen Land nichts gilt. Zwar lässt sich über die prophetischen Begabungen eines Christian Ude streiten, Fakt aber ist: Der ehemalige OB und seine Münchner Parteifreunde sind sich seit dem Ende seiner Regentschaft in wachsender Abneigung verbunden. Und so ist ein Auftritt Udes im Wahlkampf

WAHLGESÄNGE

der Münchner SPD in etwa so wahrscheinlich wie eine Aussöhnung Lafontaines mit Gerhard Schröder. Anders in Taufkirchen: Dort gilt der von 1993 bis 2014 amtierende OB manchen Genossen offenbar noch als Heilsbringer. Und so wird Ude an diesem Montag mit Bürgermeisterkandidat Matteo Dolce auf der Bühne des Kultur- und Kongresszentrums über „sein Leben, die Arbeit als Oberbürgermeister und das aktuelle politische Geschehen“ sprechen. Wenn man bedenkt, dass Ude die großartige Landeshauptstadt früher allenfalls für den Flug nach Mykonos verlassen hat, ist das schon bemerkenswert. **LB**

An dieser Stelle speißt die SZ bis zum Wahltag am 15. März Kuriositäten und Besonderheiten im Kommunalwahlkampf auf.